

Fragen zur Bildungspolitik für die Nationalratswahlen 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bildung betrifft uns alle! Im Vorfeld der bevorstehenden Nationalratswahlen möchten wir Ihnen im Namen unserer Bildungsinitiative gemeinsame Bildung 2.0 – einem Zusammenschluss von über 50 Organisationen mit dem Arbeitsschwerpunkt Bildung - einige Fragen zum Thema Bildung stellen.

Wir sind überzeugt: Bildung ist der Schlüssel für eine gelingende Zukunft. Angesichts der vielfältigen Krisen in der Welt und im Bildungssystem muss Bildung stärker in den Fokus der politischen Diskussion rücken. Daher möchten wir auch Ihre Standpunkte zu diesem Thema erfahren.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie sich die Zeit nehmen könnten, unsere Fragen zu beantworten und Ihre Position zu bildungspolitischen Themen darzulegen. Ihre Antworten werden wir, sofern Sie uns diese zur Verfügung stellen, auf unserer Homepage veröffentlichen, um unseren Unterstützern und der Öffentlichkeit einen Einblick in Ihre bildungspolitischen Ziele zu geben. Die Fragen finden Sie im Anhang.

Basis unserer Fragen ist unser „Salzburger Manifest“, das unsere Visionen für eine gerechtere, inklusivere und gemeinsame Bildung beschreibt welches wir Ihnen schon zugesandt haben.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung bis längstens 24.8.2024 und hoffen auf eine konstruktive Diskussion über dieses wichtige Thema.

Mit freundlichen Grüßen
das Team gemeinsame Bildung 2.0

<https://www.gemeinsamebildung.at/>

Fragen zur Bildungspolitik für die Nationalratswahlen 2024

Im Rahmen unserer Bildungsinitiative möchten wir Ihre Standpunkte zu wichtigen bildungspolitischen Fragen erfahren. Ihre Antworten werden veröffentlicht, um den Wähler:innen Einblick in Ihre Bildungsagenda zu geben. Wir danken Ihnen für Ihre Antworten.

Mit der Zusendung der Fragen an Sie werden wir diese auch auf unserer Homepage veröffentlichen und ankündigen, dass wir Ihre Antworten sofort nach Erhalt ebenso veröffentlichen werden. Sollte bis zum 24. August 2024 keine Antwort vorliegen, werden wir „KEINE RÜCKMELDUNG ERHALTEN“ bei Ihrer Partei eintragen, sofern Sie uns nicht um eine spätere Zusendung ersuchen. In diesem Fall schreiben wir, wann Ihre Rückmeldung angekündigt ist.

FRAGE 1: Gemeinsame Schule für alle 6–15 Jährigen:

Alle Schülerinnen und Schüler sollen in einer gemeinsamen, inklusiven Schule jene Bildungsangebote bekommen, die ihren Lernvoraussetzungen entsprechen. Sind Sie für eine gemeinsame Schule ALLER Schülerinnen und Schüler?

- i) Wenn ja, wie wollen Sie das erreichen?
- ii) Wenn nein, erklären Sie bitte, warum nicht?

Ja – die gemeinsame, inklusive Schule für alle 6-15jährigen ist ein Grünes Herzensanliegen! Eine Herausforderung für die Umsetzung ist, dass die Debatte sehr ideologisch aufgeladen ist und ein breiter gesellschaftlicher Konsens für so einen fundamentalen Paradigmenwechsel nötig ist. Dazu kommt der Kompetenzdschungel im Schulbereich. Gemeinde, Länder und Bund müssten für eine Umstellung an einem Strang ziehen und Kompetenzen, Ressourcen, Personal, Gebäude etc. neu verteilt werden. Auch Eltern und Lehrkräfte muss man an Bord holen.

Damit eine gemeinsame Schule funktioniert, braucht es jedenfalls innere Differenzierung am Standort. Individualisierter Unterricht, Begabungsförderung, Förderstunden, Wahlpflichtfächer etc. sind notwendig, um die Talente der Kinder zu entfalten und Defizite auszugleichen.

Dafür sind aus unserer Sicht verschränkte, ganztägige Schulformen am geeignetsten, mit ausreichend Personal und multiprofessionellen Teams am Standort.

FRAGE 2: Chancengerechtigkeit:

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um in Österreich mehr Chancengerechtigkeit unabhängig vom Bildungsgrad der Eltern zu erreichen?

- Bedarfsgerechte Ressourcenverteilung: Kinder aus benachteiligten Verhältnissen brauchen mehr Unterstützung als andere. Schulstandorte mit größeren Herausforderungen brauchen daher mehr Mittel und Personal, um Nachteile ausgleichen zu können. Mit einem Sozialindex können diese Schulen bereits jetzt identifiziert werden.
- Vorbild „London Challenge“: Die Standorte mit den größten Herausforderungen sollen zu Leuchtturm-Schulen werden – mit dem besten Personal, großen Freiheiten bei der Schulentwicklung und gezielter Förderung. Das derzeitige Programm „100 Schulen, 1000 Chancen“ sollte sofort auf 500 Schulen ausgeweitet werden.
- Bessere Durchmischung: Vor allem in Ballungszentren brauchen wir eine klügere

Schüler:innenstromlenkung. Kindergärten und Schulen müssen sozial durchmischt sein, damit Kinder und Jugendliche voneinander lernen können und keine Parallelgesellschaften entstehen. Auch Privatschulen sollen in die Integrationsaufgabe einbezogen werden.

- Ganztagschule: Kostenlose ganztägige Schulen (inkl. Mittagessen) fördern die Chancengerechtigkeit. Ein verschränkter Unterricht mit Kreativ-, Sport-, Freizeit- und Förderangebote am Nachmittag sind für benachteiligte Kinder besonders wichtig.
- Viel mehr Supportpersonal mit unterschiedlichster Expertise: Es braucht zusätzliche Stützkräfte im Unterricht, Sprachförderkräfte, School Nurses (mit ganzheitlichem Blick auf die physische und psychische Gesundheit) sowie Sozialarbeit (die auch die Eltern mitnimmt).
- Reform der „Stütz- und Freizeitpädagogik“: Unterricht, Lernstunden und Freizeitbetreuung gehören integriert, dauerhaft vom Bund finanziert und das Personal zu multiprofessionellen Teams zusammengeführt.

FRAGE 3: Qualitätsvoller Kindergartenbesuch für alle Kinder:

Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um allen Kindern einen qualitätvollen Kindergartenbesuch zu ermöglichen?

Jedes Kind ist gleich viel wert. Deswegen brauchen Kindergärten österreichweit einheitliche Qualitätskriterien. Wir wollen Mindeststandards (z.B. Gruppengröße, Öffnungszeiten etc.) in einem Bundesrahmengesetz festhalten.

Elementarpädagog:innen brauchen ein attraktives, bundesweit einheitliches Dienstrecht und bessere Arbeitsbedingungen. Nur so können wir gute Pädagog:innen gewinnen und dauerhaft halten!

Dafür wäre eine Kompetenzverschiebung zwischen Bund und Ländern notwendig. Die Elementarpädagogik muss Teil des Bildungswesens werden!

Zudem fordern wir einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 1. Geburtstag: Dafür braucht es einen Stufenplan, genügend Räumlichkeiten und ausreichend qualifiziertes Fachpersonal.

FRAGE 4: Investitionsbedarf:

Österreich liegt bei den Bildungsausgaben gemessen am BIP sowohl mit Blick auf die Elementarbildung als auch auf den Schulbereich unter dem OECD-Schnitt und deutlich unter den Ausgaben von Top-Performer Ländern innerhalb der EU. Sehen Sie Handlungsbedarf und wenn ja, in welchen Bereichen besteht Ihrer Meinung nach der dringendste Investitionsbedarf?

Laut Bildungsbericht der Statistik Austria 2022/23 liegt Österreich bei den Bildungsausgaben in Prozent des BIPs im Vergleich knapp über dem EU-Durchschnitt. Das Geld geht jedoch überdurchschnittlich in den tertiären Bereich.

Im elementarpädagogischen Bereich haben wir jedenfalls Nachholbedarf. Mit den zusätzlichen 4,5 Milliarden Euro bis 2030 wollen wir hier jahrzehntelange Versäumnisse aufholen und den Ausbau forcieren, um möglichst bald den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umsetzen zu können.

Investitionsbedarf sehen wir auch im Bereich Unterstützungspersonal in Schulen. Wir wollen neue

Fachkräfte im Bereich Administration, IT, Freizeit, Sport, Kreativität, Integration, Inklusion, psychische Gesundheit und Sozialarbeit an die Schulen holen, um Lehrkräfte zu entlasten und Bildung ganzheitlich leben zu können. Ein multiprofessionelles Team für jeden Standort!

FRAGE 5: Umwandlung von Sonderschulen:

Befürworten Sie die Umwandlung der Sonderschulen zu Regelschulen und treten Sie somit für die Abschaffung des segregierenden Ortes der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen ein?

Ja. Wir Grüne wollen flächendeckende inklusive und barrierefreie Bildung für alle. Das beginnt beim Kindergarten, geht über Schule und Lehre bis hin zur Universität sowie zur Weiterbildung für Erwachsene.

Wir wollen ausreichend inklusive Plätze in Kindergärten. Wir wollen die Auflösung/Öffnung von Sonderschulen und mehr Ressourcen für inklusive Schule. Das separierte Sonderschulsystem ist sehr teuer - diese Ressourcen und Expertise könnte man besser in die Inklusion stecken und damit den Bedarf für eine gut ausgestattete inklusive Schule decken.

Wir wollen multiprofessionelle Teams (z.B. Sozialarbeit, Pflegepersonen, School Nurses) am Schulstandort, um Inklusion zu erleichtern.

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf inklusive Bildung in weiterführenden Schulen.

Wir wollen umfassende Barrierefreiheiten an Universitäten und Fachhochschulen, sowohl in baulicher als auch in organisatorischer Hinsicht.

Und wir wollen die gezielte Ausbildung und Anwerbung von Pädagog:innen mit Behinderungen für alle Bildungsbereiche.

FRAGE 6: Aufhebung der 2,7% Deckelung für Inklusion:

Treten Sie dafür ein, die 2,7% Deckelung für den Bereich der Sonderpädagogik/Inklusion sofort aufzuheben und die Ressourcen nach dem tatsächlichen Bedarf zuzuweisen?

Ja

FRAGE 7: Planungssicherheit und Mangel an Lehrpersonen:

Wie kann es gelingen, dass das Ministerium und die Bildungsdirektionen zielsicherer vorausplanen können, insbesondere vor dem Hintergrund des eingetretenen Lehrermangels und der demographischen Veränderungen?

Mit dem neuen Bildungsdokumentationsgesetz und den digitalen Schulverwaltungssystemen sind viele notwendige Daten bereits vorhanden. Diese müssen entsprechend aufbereitet werden, damit eine langfristige Ressourcenplanung möglich ist.

Notwendig sind außerdem: eine bessere Abstimmung zwischen den Schul- und

Einwanderungsbehörden; eine bessere Verteilung von neu zugewanderten (a.o.-) Schüler:innen auf das Bundesgebiet; mehr Unterstützung für Pädagog:innen beim Wechsel in ein anderes Bundesland; gezielte Anwerbung und Ausbildung von Pädagog:innen, Supportpersonal und Quereinsteiger:innen mit mehrsprachigen und interkulturellen Kompetenzen.

FRAGE 8: Pädagogische Expertise und Personalressourcen:

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um dem Mangel an Lehrpersonen entgegenzutreten? Welche anderen Personalressourcen erscheinen Ihnen zentral für eine gelingende Bildung?

Der Pädagog:innenberuf ist extrem wichtig. Um Menschen dafür zu begeistern und die Besten dafür zu gewinnen, braucht es eine fundierte Ausbildung, geeignete Werkzeuge, gesellschaftliche Wertschätzung und gute Arbeitsbedingungen.

Mit der Reform der Pädagog:innenausbildung haben wir das Lehramtsstudium wieder attraktiver gemacht. Mit der Möglichkeit des Quereinstiegs holen wir vielfältige Erfahrungen und neue Perspektiven ins Lehrer:innenzimmer.

Was wir jetzt noch brauchen:

Schutz von Lehrer:innen, die noch studieren: kein fachfremder Unterricht, Recht auf halbe Lehrverpflichtung, keine Klassenvorstandstätigkeit und intensivere Begleitung durch Mentor:innen.

Mehr Diversität: Es braucht mehr Pädagog:innen mit Behinderung, Migrationsbiographie, Mehrsprachigkeit und interkulturellen Kompetenzen in Schulen und Kindergärten. Denn Pädagog:innen sind Vorbilder und schaffen Wirklichkeit.

FRAGE 9: Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Schule für das 21. Jahrhundert:

Welche konkreten Verbesserungsvorschläge haben Sie hinsichtlich der Ausstattung der Schulen und der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte? Wie wollen Sie eine Schule für das 21. Jahrhundert fördern (Stichworte: Öffnung der Schulen im pädagogischen Sinne, Bildungsinhalte für die Zukunft der Schülerinnen und Schüler, Projektunterricht etc.)?

Es gibt – gesetzlich – bereits große autonome Spielräume für Schulen. Diese sollten einfacher nutzbar und aktiv beworben werden. Lernformen, die ein fächerübergreifendes, ganzheitliches Denken fördern, gehören erweitert und unterstützt – etwa autonome Studentafeln, Flächenfächer oder praxisorientierte Projekte.

Aus Grüner Sicht besonders wichtig sind konkrete hands-on-Erfahrungen, in denen sich Schüler:innen als selbstwirksam erleben können. Schule soll daher raus aus dem Schulgebäude – und raus in die Natur, in die Nachbarschaft, in die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen!

Pädagog:innen brauchen Support von außen – durch Beratung, Coaching, Supervision und bei Bedarf auch psychosoziale Begleitung. Um Erfahrungen und Weiterbildung zu ermöglichen, sollte der (zeitweise) Aus- und Umstieg in andere Tätigkeiten erleichtert werden.

Es braucht zusätzliche Stützkräfte im Unterricht, Sprachförderkräfte, School Nurses (mit ganzheitlichem Blick auf die physische und psychische Gesundheit) sowie Sozialarbeit (die auch die

Eltern mitnimmt). Unterricht, Lernstunden und Freizeitbetreuung gehören integriert, dauerhaft vom Bund finanziert und das Personal zu multiprofessionellen Teams zusammengeführt. Die Reform der „Stütz- und Freizeitpädagogik“ würde darauf einzahlen. Und Organisations- und Verwaltungsaufgaben sollen auf nicht-pädagogisches Personal übertragen werden.

Zudem sollten Schulen ein höheres autonom zu verwaltendes Budget bekommen, damit sie eigene Schwerpunkte setzen und Anschaffungen tätigen können. Das Schulbuchbudget gehört erhöht und flexibilisiert, z.B. für digitale Plattformlösungen oder für webbasierte Anwendungen, die fächerübergreifende Arbeit erleichtern.

FRAGE 10: Bildungsbegriff:

Basis aller bildungspolitischen Initiativen ist Ihr Verständnis von Bildung. Deswegen möchten wir abschließend fragen, ob Sie die Aufgaben der österreichischen Schule, dargelegt im §2 SCHOG, als noch zeitgemäß empfinden und wie Sie Ihren Bildungsbegriff beschreiben würden.

Die Worte im §2 des SCHOG sind etwas in die Jahre gekommen und sollten modernisiert werden, sie sind im Grunde aber nicht falsch.

Lernen und Bildung sind unseres Erachtens mehr als die Aneignung und Reproduktion von Wissen. Im Bildungsprozess geht es um die Vermittlung und Stärkung von Kompetenzen, die wir im 21. Jahrhundert brauchen: Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken. Es ist ein aktiver Prozess, der sowohl kognitive als auch emotionale und soziale Aspekte beinhaltet. Schule soll demnach nicht nur ein Lernort sein, sondern ein Ort, an dem Gesellschaft entsteht. Die Erfahrungen, die junge Menschen hier machen, sollen sie befähigen, bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit eine aktive Rolle einzunehmen. Ganz im Sinne der nachhaltigen Entwicklung.

In den Leitlinien der neuen Lehrpläne der Pflichtschulen sehen wir unseren Zugang zu Bildung gut festgehalten: *„Es gilt, gemeinsam Verantwortung für die Herausbildung einer zukunftsfähigen Lebensgestaltung der Einzelnen und der Gesellschaft auf globaler und lokaler Ebene zu entwickeln und zu übernehmen sowie ein ganzheitliches Menschenbild im Sinne einer inklusiven Gesellschaft zu fördern.“* Genau das ist uns wichtig!